



BürgerInnenbrief

23. September 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

SAGA & Deutsche Annington +++ Wohnungsmangel +++ KämpfErich +++ Seilbahn am Boden +++ 2. Beteiligungsforum

Hört die LINKE die Alarmglocken?

Von Joachim Bischoff



Vor dem Bundesparteitag in Hamburg, 14.2.2014 (Foto: dpa)

Im Februar 2015 wird in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt. Nach jüngsten Umfragen wird die regierende SPD ihr Ergebnis von 2011 mit 48% nicht wieder erreichen können, da der Vertrauensvorsprung der Hamburgerinnen und Hamburger doch löchriger geworden ist. Einiges spricht dafür, dass sich die Trends der letzten Landtagswahlen des Jahres 2014 in Hamburg fortsetzen könnten.

Zentrale Herausforderung für Hamburg wird nach den bedrückenden Ergebnissen der Wahlbeteiligung in Sachsen, Brandenburg und Thüringen auch das politische Engagement der BürgerInnen sein. Die Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2011 lag mit 57,3% noch deutlich unter dem bislang schlechtesten Ergebnis von 2008. Durchschnitt heißt: In Billstedt lag die Wahlbeteiligung bei 44%, während im bürgerlichen Eppendorf über 60% zur Urne gingen. Bei den Bevölkerungsschichten in prekärer Lage – mit hoher Arbeitslosig-

keit, geringem Einkommen, hohem Anteil von Sozialtransfers, Bildungsferne u.a. – ist die Wahlbeteiligung extrem niedrig. Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft. Deutschland ist längst zu einer Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Hier wäre die gesellschaftliche Linke zu mehr Engagement aufgefordert.

Gut regiert?

Der entscheidende Schwachpunkt der herrschenden Politik: Der SPD-Senat beschneidet unter dem Diktat der »Schuldenbremse« massiv öffentliche Dienstleistungen und dünnt das Personal im öffentlichen Dienst aus. Unter dem Verdikt des unbedingten Erreichens eines ausgeglichenen Haushalts, das die Priorität nicht bei Einnahmeverbesserungen, sondern in Ausgabenkürzungen sieht, kommt es zu Schneisen der Ver-

wüstung in der sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Dabei erfordert der Ausbau der öffentlichen Leistungen für Flüchtlinge und Asylsuchende deutliche Anstrengungen der untersten Verwaltungsebene. »Allein bei der Erstaufnahme steigern wir die Kapazitäten von 270 auf rund 1.500 Plätze, wir investieren Haushaltsmittel im dreistelligen Millionenbereich für Flüchtlinge, Unterkünfte, soziale Leistungen, Betreuung und vieles mehr – und das mit stark steigender Tendenz.«

Es steht außer Frage, dass die deutlich größer ausfallende Flüchtlingsbewegung die kommunalen Haushalte mit ihren Konsolidierungsaufgaben durcheinanderbringt. Bislang ist die Sozialdemokratie nicht dadurch aufgefallen, dass sie den humanitären Anforderungen wirklich entsprechen will. Die Anpassung der öffentlichen Unterbringung bleibt weit hinter den Anforderungen zurück. Ohne die Beteiligung von kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wären die Probleme in Hamburg weitaus dramatischer. Aber angefangen von den Notunterkünften über die Versorgung bis hin zur Betreuung dürften die jetzt getroffenen Maßnahmen nur einen Tropfen auf einem heißen Stein ausmachen.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und an der Kaufkraft ist Hamburg die reichste Region Deutschlands. Die strukturelle Entwicklung der Stadt war in den 1960er bis 80er Jahren durch einen fortschreitenden Rückgang geringqualifizierter Beschäftigung verstärkt im Bereich der maritimen Wirtschaft gekennzeichnet. Außerdem gab es ein starkes Wachstum bei hochentlohnter Beschäftigung.

Parallel zu diesem Strukturwandel lässt sich eine sozialräumlich unterschiedliche Verteilung von NiedriglohnbezieherInnen in der Stadt feststellen. Der Niedriglohnanteil in Hamburg liegt mit etwa 20% im durchschnittlichen Bereich. Zwar hat die Hansestadt zwischen 2004 und 2007 hohe Wachstumsquoten und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit verzeichnet, aber in dieser Zeit lag die Zahl der Lohnabhängigen, die über ein Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro verfügten, konstant bei über 20%. Zugleich zeigt sich eine eher ungleiche räumliche Verteilung innerhalb der Stadt: Vor allem in den südlichen (alsternenahen) Teilen der Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Nord, in den elbnahen Teilen des Bezirks Altona sowie im äußersten Nordwesten Hamburgs finden sich große Gebiete, in denen sehr wenige NiedriglohnbezieherInnen wohnen. Dagegen erstrecken sich ausgehend vom Bezirk Harburg über Teile von Hamburg-Mitte (z.B. Wilhelmsburg und Horn) hin zum südlichen Teil des Bezirks Wandsbek (u.a. Jenfeld) Wohngebieten mit einem ausgeprägt hohen Niedriglohnanteil. Aber auch in den anderen Bezirken gibt es punktuell hohe Niedriglohnanteile (z.B. Lurup im Bezirk Altona).

Wirtschaftswachstum allein ist kein Gegenmittel gegen die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich (Segregation). Das zeigt sich jetzt sechs Jahre nach der großen Krise 2008: Zwar ist die Arbeitslosigkeit insgesamt rückläufig, die Segregation nimmt jedoch zu und verhärtet sich. Insbesondere die Kinderarmut konzentriert sich zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Eine Verdrängung der von Armut betroffenen Haushalte mit Kindern in die Großwohnsiedlungen

am Stadtrand ist mittlerweile nachweisbar. Sowohl bei prekärer Beschäftigung als auch dem Bezug von Leistungen im Zusammenhang von Arbeitslosigkeit lässt sich die Tendenz zur Segregation nachweisen. Und die Kinder sind von diesen Strukturen besonders betroffen.

Die CDU konnte sich bisher nicht als ernsthafte Alternative profilieren und verharret um die 22%. Die FDP wird wohl nicht wieder in die Bürgerschaft einziehen und damit für die etwaigen Koalitionsbildungen ausfallen. Die GRÜNEN werden den Prognosen nach wieder über die Zehn-Prozentmarke kommen.

Nach den Erfolgen der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ist auch in Hamburg mit einem Einzug in die Bürgerschaft zu rechnen, der sich in ähnlichen Höhen (10% und mehr) bewegen dürfte. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern war das parteipolitische Auftreten von Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus in Deutschland in den letzten Jahren nicht sehr erfolgreich. Erst seit den Europawahlen gibt es mit der AfD den Anlauf zur Etablierung einer rechtspopulistischen Partei neben den überwiegend auf der politischen Ebene bedeutungslosen rechtsextremen Parteien wie der NPD. Das WählerInnenpotenzial für eine solche Kraft ist allerdings seit längerem vorhanden. Die parteipolitische Formierung dieses Potenzials scheiterte bisher vor allem an der Zersplitterung der extremen Rechten. Nur ausnahmsweise ist es diesem Lager z.B. mit der Schill-Partei in Hamburg gelungen, aus der politischen Isolation herauszutreten. Menschen mit einem mehr oder minder geschlossenen rechtsextremen Weltbild waren bisher entweder politisch passiv oder sie wurden über die traditionellen politischen Parteien integriert.

Die überlieferte Szenerie rechtsextremistischer Parteien hat also aus der Konstellation von realen Problemen, gesellschaftlicher Verunsicherung, Vorurteilen und politischer Ohnmacht bislang keinerlei Nutzen ziehen können. Das rechtsextremistische Lager ist in diverse Gruppierungen und Parteien zersplittert und – wie durch das Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht belegt – reichlich von Staatsschutzagenten durchsetzt. Obwohl, wie bei verschiedenen Regionalwahlen, die DVU (in Sachsen-Anhalt), die Republikaner (in Baden-Württemberg), die Stattpartei (Bremen) oder die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) des Hamburger Richters Schill lokale Erfolge erzielten, gelang weder die dauerhafte Verankerung auf parlamentarischer Ebene noch die bundesweite Ausdehnung.

Das hat sich jetzt mit der Formierung der AfD geändert. Mit der AfD hat eine in größeren Teilen rechtspopulistische Mannschaft in kürzester Zeit starken Zulauf erhalten. Nachdem sie im Herbst letzten Jahres noch knapp mit 4,7% (über zwei Mio. WählerInnen) am Einzug in den Bundestag gescheitert war, konnte sie bei den Europawahlen (bei deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung) immerhin 7,0% der BürgerInnen, die zur Wahl gegangen sind, für sich gewinnen. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen setzte die AfD ihren Konsolidierungskurs erfolgreich fort und ist mit jeweils über 10% in die Landesparlamente eingezogen.

AfD-Stimmanteile in % bei Wahlen in Hamburg 2014

Bezirk	Wahlen zu...	
	Bezirks- versammlungen	Europa
Mitte	5,1	5,9
Altona	3,3	4,9
Eimsbüttel	3,9	5,3
Nord	3,7	5,2
Wandsbek	5,5	7,3
Bergedorf	4,5	6,5
Harburg	6	7,6
Hamburg	4,5	6

Der aus der Tabelle hervorgehende kleine Erfolg der AfD in Hamburg anlässlich der Wahlen zu den Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament ist umso bemerkenswerter, als die rechtspopulistische Partei ohne landes- bzw. bezirkspolitisches Programm und mit weitgehend unbekanntem Personal (mit Ausnahme einiger ehemaliger Vertreter der Schill-Partei, z.B. des früheren Innensenators Dirk Nockemann) zur Bezirksversammlungswahl angetreten ist.

Auffallend ist, wie stark sich die AfD in den Wahlkämpfen in Ostdeutschland gewandelt hat. Neben der Euro-Kritik setzt sie nun längst vermehrt auf Themen wie die Innere Sicherheit und eine restriktive Flüchtlingspolitik. Im Brandenburger Wahlkampf näherte sie sich der NPD an, indem sie forderte, die Grenzen zu Polen wegen häufiger Diebstähle im Grenzgebiet zu schließen. Im Entwurf des Hamburger Wahlprogramms werden als Schwerpunktthemen Verkehrs- und Bildungspolitik, Verbrechensbekämpfung und die Bekämpfung von politischem Filz genannt. Hamburg sei »durch Duldung faktisch rechtsfreier Räume kaum gehindert zur Hochburg des Linksextremismus in Deutschland« geworden. Auch in Hamburg will die AfD die Flüchtlingspolitik thematisieren. »Selbstverständlich werden die Themen Flüchtlinge und Zuwanderung im Wahlkampf der AfD in Hamburg eine Rolle spielen«, sagte Landeschef Kruse. »Denn es hat eine hohe Bedeutung und die Länderkompetenz Hamburgs ist wichtig.«

Die AfD verkörpert als wertkonservativ-nationalliberale und rechtspopulistische Partei ein politisches Spektrum, das sich im europäischen Ausland bereits seit Jahren in Parteien wie der britischen UKIP, der österreichischen FPÖ bzw. dem BZÖ, der italienischen Lega Nord, den skandinavischen Parteien Wahre Finnen, Dänische Volkspartei bzw. Schwedendemokraten, der schweizerischen SVP, der niederländischen Partei der Freiheit von Geert Wilders sowie dem französischen Front National artikuliert.

Es steht also zu befürchten, dass die AfD vor allem die Auseinandersetzung um die Flüchtlinge in Hamburg für ihre Zwecke instrumentalisieren wird. Das ist eine Herausforderung für die gesamte politische Linke, aber auch für die Linkspartei. Denn es kann nicht darum gehen, zu meinen, DIE LINKE müsse WählerInnen von der AfD zurückgewinnen. Das hieße im Zweifel, auch Positionen der AfD zu übernehmen. Im Gegenteil, wir stehen für einen anderen Umgang mit Flüchtlin-



Kundgebung in Berlin, 21.5.2014 (Foto: dpa)

gen. Leicht wird diese Auseinandersetzung nicht, aber wir dürfen uns vor ihr nicht drücken.

Leider hat sich die Hamburger LINKE, schaut man in den Wahlprogrammentwurf, mit den politischen Anforderungen kaum auseinandergesetzt. Es dominieren Beschwörungen von Grundsatzpositionen kombiniert mit einem bunten Strauß von Forderungen. DIE LINKE in Hamburg ist weit davon entfernt, sich wie in Thüringen für ein breites gesellschaftliches Bündnis und die Politik einer progressiven Koalition einzusetzen. Noch wäre Zeit, die politische Ausrichtung auf klare Schwerpunkte »für ein soziales Hamburg« zu bündeln:¹

- DIE LINKE in Hamburg steht für eine Politik, die Investitionen in die öffentliche, soziale und kulturelle Infrastruktur anstrebt. Wir wollen eine wirksame Bekämpfung von sozialer Spaltung und Armut.
- DIE LINKE in Hamburg setzt sich für bezahlbares Wohnen und MieterInnenschutz ein.
- DIE LINKE engagiert sich für den Ausbau und die Förderung des Breitensports und lehnt die Olympiabewerbung für Hamburg ab.
- Hamburg setzt Zeichen für eine humane Flüchtlingspolitik.
- Hamburg muss mehr Demokratie wagen und die BürgerInnenbeteiligung ausbauen.

Die Linkspartei stand in den letzten Jahren für eine pluralistische und bürgerzentrierte Politik. Wir müssen deutlich machen, dass wir eine Parteiformation sind, in der unterschiedliche inhaltliche Positionen im Rahmen des Parteiprogrammes ihren Platz haben. DIE LINKE muss ein pluralistisches Projekt bleiben. Sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie alle Versuche, Debatte durch Phrasendrescherei zu ersetzen, zurückweist. Jede und jeder hat das Recht, in dieser Partei seine politische Meinung zu vertreten, ohne dafür mit für mich längst überholt geglaubten Platitüden überhäuft zu werden. Fragen und Zweifel bringen uns am Ende wahrscheinlich weiter als die Illusion: Hauptsache, der Klassenstandpunkt ist gefestigt, dann verstehen uns die Menschen schon.

¹ Ich schließe mich hierbei dem kritischen Beitrag des Geschäftsführers der Fraktion der Hamburger Linken in der Bürgerschaft, Torsten Weil, an, der unter dem Titel »DIE LINKE in Hamburg vor den Bürgerschaftswahlen 2015« unter www.vorort-links.de/nc/archiv/analysen_ansichten/detail/artikel/die-linke-in-hamburg-vor-den-buergerschaftswahlen-2015/ zu finden ist.

SAGA-Vorstand & Deutsche Annington

Von Heike Sudmann



Lutz Basse (M.) mit Thomas Krebs (l.) und Willi Hoppenstedt (r.), 18.6.2013 (dpa)

Viele HamburgerInnen sind auf einen zweiten Job oder eine Nebentätigkeit angewiesen, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Nebentätigkeit des Vorstandsvorsitzenden der SAGA, Lutz Basse, im Aufsichtsrat der als Immobilienhai und MieterInnenschreck bekannten Wohnungsgesellschaft Deutsche Annington ist jedoch etwas ganz anderes und gleich in zweierlei Hinsicht befremdlich.

100.000 Euro im Jahr – zuletzt war sogar noch von 120.000 Euro die Rede – für mindestens vier Aufsichtsratssitzungen, die jeweils nur einige Stunden dauern: Damit hätte Herr Basse alleine durch diesen lukrativen Zusatzposten mehr Geld verdient als die meisten HamburgerInnen in einem Jahr bei Vollzeitbeschäftigung. Allerdings gehört auch sein Hauptjob bei der SAGA nicht gerade zu den prekären, schlecht bezahlten Tätigkeiten, wie der neuerdings öffentlich einsehbare Vergütungsbericht (Drucksache 20/11657) verrät. Im Jahr 2012 hat Lutz Basse danach insgesamt 327.854 Euro bekommen, im Vergleich zu seiner Vergütung vor zwölf Jahren übrigens eine Verdoppelung. Ob die SAGA-Beschäftigten in dieser Zeit auch 100% Gehaltssteigerungen erfahren haben? Wohl kaum!

Aber viel gravierender ist für mich die Frage: Was hat der Chef des städtischen Wohnungsunternehmens bei einem privaten Immobilienunternehmen zu suchen, das durch seine aggressive Einkaufspolitik zum größten Vermieter und Mieterschreck Deutschlands geworden ist? Sollen Kontakte geknüpft werden, die ein Eindringen in den Hamburger Wohnungsmarkt und womöglich auch in den Bestand der SAGA vorbereiten?

Nichts Genaues weiß Mensch nicht. Der Senat versucht in der Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drucksache 20/12946) jeglichen Gedanken in dieser Richtung weit von sich zu weisen. So wird die Deutsche Annington nicht als ein Wettbewerber der SAGA angesehen, da sie nur einen Anteil von 0,12% des Gesamtwohnungsbestandes in Hamburg habe.

In einer erregten Bürgerschaftsdebatte am 10. September 2014 jedoch hieß der wohnungspolitische Sprecher der SPD, Dirk Kienscherf, jeden, der Wohnungen baut oder anbietet, in Hamburg willkommen, also auch die Deutsche Annington. Mit diesem Einsatz für einen Immobilienhai hat sich die angebliche »Partei der MieterInnen« selbst entlarvt.

Mittlerweile hat Lutz Basse sein Aufsichtsratsmandat bei der Deutschen Annington niedergelegt – wie es DIE LINKE als einzige in der Debatte gefordert hatte. Doch damit ist die Geschichte noch lange nicht aus der Welt. Recherchen der Zeitschrift »Stern« haben enge Verbindungen zwischen der SPD und der Deutschen Annington aufgezeigt (www.stern.de/wirtschaft/immobilien/lobbyarbeit-fuer-deutsche-annington-der-miet-hai-und-die-politik-2133836.html). Auch Kontakte zur CDU und zu den GRÜNEN werden vom Stern benannt.

Solange der kapitalistische Wohnungsmarkt den InvestorInnen hohe Renditen verspricht, werden Miethäuser aller Couleur, unterstützt von interessierten PolitikerInnen, versuchen, sich (städtische) Wohnungen unter den Nagel zu reißen. Die Zeche müssen dann die MieterInnen zahlen. DIE LINKE wird mit aller Kraft dagegen ankämpfen: Wohnen ist ein Grundrecht und kein Spekulationsgeschäft!

Wohnungsmangel: größer statt kleiner!



Unter den Teppich gekehrt: Abbau vor Neubau (Foto: Michael Joho)

Der Senat wurde in den vergangenen Monaten nicht müde, auf die »Erfolge« seines Wohnungsbauprogramms hinzuweisen, immerhin wurde der Wohnungsmangel in Hamburg zu Beginn der Legislaturperiode nach verschiedenen Berechnungen zwischen 30.000 und 90.000 beziffert. Auch wenn es der neuen Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau damals schwer fiel, den großen Mangel an Wohnungen einzugestehen, ließ sich ihr Vorgesetzter in der »Welt« vom 5. Juli 2011 so zitieren: »Scholz spricht offen von »Wohnungsnot«.

Fakt 1: Der Wohnungsmangel wird eingestanden

Laut Regierungsprogramm von 2011 hatte der Senat sich vorgenommen, dass alljährlich 6.000 Wohneinheiten (WE) entstehen. Gut gebrüllt, Löwe. 2012, also im ersten Jahr sozialdemokratischer Alleinverantwortung und des wirksam werdenden Wohnungsbauprogramms, gab es 3.793 **Baufertigstellungen** und 2013 endlich 6.407. Damit sind von Anfang 2012 bis Ende 2013 exakt 10.200 WE neu gebaut worden. Dem steht im Hinblick auf das reale Anwachsen des städtischen Wohnungsbestandes allerdings eine beträchtliche Zahl an Abrissen bzw. **Bauabgängen** gegenüber, was oft nur im Kleingedruckten zu lesen ist, wenn überhaupt. 2012 waren das 618, 2013 immerhin noch 345, zusammen also 963 WE. Von den 10.200 neu errichteten WE sind also für die Jahre 2012 und 2013 exakt 963 abzuziehen, da waren's per Saldo nur noch 9.237 mehr Wohnungen Ende 2013 als Ende 2011.

Fakt 2: Ende 2013 gab es 9.237 mehr Wohnungen als Ende 2011

Wir haben in den vergangenen Jahren permanent kritisiert, dass viel zu wenig Wohnraum – vor allem preisgünstiger – neu geschaffen wird und uns dabei an dem 2011 festge-

stellten Wohnungsmangel orientiert. Aber tatsächlich ist die Wohnbevölkerung in Hamburg nach der durch den Zensus bereinigten Statistik von 1.718.187 (Ende 2011) auf 1.746.342 (Ende 2013), also alleine in diesen beiden Jahren um 28.155 BürgerInnen angewachsen.

Fakt 3: Ende 2013 hatte Hamburg 28.155 mehr BürgerInnen als Ende 2011

Schauen wir uns die Zahlen noch ein wenig genauer an: 2012 ist Hamburg um 16.085 Menschen angewachsen, dem standen aber per Saldo nur 3.175 neue WE gegenüber – rein statistisch betrachtet hätten in die zusätzlich vorhandenen Wohnungen also jeweils mindestens fünf Personen aus dem angewachsenen Bevölkerungspool einziehen müssen, um den zusätzlichen Bedarf abzudecken. 2013 ist die Stadt dann nochmals um 12.070 Menschen angewachsen, neu entstanden sind per Saldo aber nur 6.062 WE.

Legt man die durchschnittliche Haushaltsgröße von 1,81 Personen (2012) zugrunde, rechnen wir an dieser Stelle großzügig mit 2,0 Personen pro Haushalt, dann hätten in 2012/2013 rund 14.000 WE gebaut werden müssen, um alleine den Bevölkerungszuwachs von 28.155 BürgerInnen mit Wohnraum zu versorgen. Doch per Saldo sind nur 12.672 WE dazu gekommen. Unterm Strich: Der Senat hat keineswegs die seit Jahren vorhandene Wohnungsnot reduziert, strenggenommen hat er nicht einmal genug WE für die angewachsene Bevölkerung geschaffen.

Fakt 4: Der Mangel an Wohnraum hat unter der SPD weiter zugenommen

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft, auch wenn Prognosen immer ihre Tücken haben. Die seriöse »Koordinierte

Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder« sieht für Hamburg in den Jahren 2014 bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von weiteren 44.000 bis 93.000 Menschen vor. Wie auch immer, wenn in der Stadt nicht erheblich mehr Wohnraum – vor allem erschwinglicher, also geförderter – gebaut wird, dann dienen die Baufertigstellungen vor allem dazu, den Wohnraumbedarf der »wachsenden Stadt«, also den zusätzlichen Wohnraumbedarf von alljährlich einigen Tausend BürgerInnen mehr in Hamburg, abzudecken.

Fakt 5: Wir brauchen erheblich mehr Neubau günstiger Wohnungen, um den aufgestauten Wohnungsmangel abzubauen und den rasant wachsenden Bedarf zu befriedigen

Woher wir das alles wissen? Sämtliche Zahlen entnehmen wir der Senatsantwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Bevölkerungs- und Wohnungszahlen (Drs. 20/12804 vom 2.9.2014).

Weites Land, wilder Osten ...



Mit Ingo Böttcher (2.v.v.) beim Start an der U-Bahn-Station Hammer Kirche (Foto: Michael Joho)

... lautete der Titel einer Fahrradrundfahrt, zu der Heike Sudmann für den 21. September eingeladen hatte. »Fraktion vor Ort« heißt dieses Format, und es bot am betreffenden Sonntagmittag rund 25 Interessierten die Möglichkeit, einige »Fokusräume« im Hamburger Osten kennenzulernen: vom südlichen Hamm über die Horner Marsch und Billbrook bis Rothenburgsort.

Ingo Böttcher, Experte für diese Region und engagiert in der Initiative Hamburgs Wilder Osten (HWO), machte mit einigen Vorhaben des Senats vertraut, die dieser unter der Überschrift »Stromaufwärts an Elbe und Bille – Wohnen und urbane Produktion in HamburgOst« am 8. Juli präsentiert hatte. Rund 15.000 bis 20.000 Wohnungen sollen in den östlichen Stadtteilen neu entstehen, wohlabgestimmt mit den

Gewerbe- und Industrieflächen, selbstverständlich alles me-gainnovativ und total entspannt. Die noch sehr oberflächlich, mit viel Wortschwall daher kommende Pressemappe findet sich im Netz unter www.hamburg.de/stromaufwaerts, die für den September angekündigte nähere Ausarbeitung lässt bislang noch auf sich warten.

Unsere erste Kritik an diesem Papier haben wir im letzten »BürgerInnenbrief« deutlich gemacht. Klar ist jedenfalls, dass wir erst am Anfang der Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem neuen Riesenvorhaben des Senats stehen. Austausch und Vernetzung über die Pläne für die verschiedenen »Fokusräume«, die Durchsetzung und Verstetigung einer realen Beteiligung der Bevölkerung und etwaige Aktionen stehen auf der Tagesordnung der nächsten Zeit.

St. Pauli-Süd: Umwandlung verhindern!

Von Tim Fiedler, Nachbarschaftsinitiative »KämpfErich«



Foto: Irene Jung/St. Pauli:News

Seit Mitte Februar 2012 haben wir – neben der Südlichen Neustadt – auch für größere Teile St. Georgs und St. Pauli Soziale Erhaltungsverordnungen, weitere sind in den letzten zweieinhalb Jahren dazu gekommen. Ein absoluter Schutz gegen Aufwertung und Verdrängung, gar gegen den Mietenwahnsinn, ist dieses Instrument nicht, aber es bietet zumindest eine wichtige Handhabe gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Dass diese Handhabe bisweilen unzureichend von den zuständigen Behördenstellen genutzt wird, dass EigentümerInnen alles daran setzen, die Verordnung zu untergraben und MieterInnen aus den Häusern rauszuekeln, dazu liegen uns inzwischen einige konkrete Belege vor. Wir werden in Kürze beim Senat eine Große Anfrage einbringen, um mehr Licht in die Angelegenheit zu bekommen.

Nachfolgend haben wir einen Beitrag von Tim Fiedler aufgenommen, der uns die Probleme der MieterInnen der Häuser Erichstraße 29 und 35 näherbringt, gelegen im Erhaltungsverordnungsgebiet St. Pauli. Wir danken dem Autor für den erhellenden Artikel.

Die Mieterinnen in der Erichstraße glaubten, nicht richtig zu lesen, als sie im Mai 2014 Post vom Bezirksamt Hamburg-Mitte bekamen. Der neue Eigentümer der von ihnen bewohnten Häuser habe einen Antrag auf Umwandlung der Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gestellt, so der Inhalt. Dies müsse der Bezirk jetzt genehmigen. Umwandlung? Hier?

Die Erichstraße in St. Pauli-Süd liegt ein wenig abseits der immer mehr anschwellenden Touristenströme rund um die Reeperbahn und am Hafen. Die Häuser Nr. 29 und 35 machen

einen unscheinbaren Eindruck. Etwa 50 Menschen wohnen hier zur Miete. Rentnerinnen und Studentinnen, junge Familien und Gewerbetreibende aus der Nachbarschaft. Schlichte Wohnungen aus den 1930er Jahren, etwas verwittert und heruntergekommen. Zwar sind Aussehen und Zustand der Häuser und Wohnungen hier kein Thema mehr, seit St. Pauli in den Blick der Immobilienwirtschaft geraten ist; seitdem zählt nur die Lage. Hier winken fette Gewinne.

Hier gab es aber auch von Anfang an Widerstand gegen diese Entwicklung. Als der gesamte Häuserblock 2009 als »Bernhard-Nocht-Quartier« völlig umgekrempelt werden sollte, der Abriss mehrerer Häuser mit Verdrängung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Bau hunderter von Eigentumswohnungen drohte, gründete sich hier die Anwohnerinitiative »NoBNQ – kein Bernhard-Nocht-Quartier« und artikulierte die Wünsche und Forderungen der Anwohnerinnen. Die damaligen Eigentümer Köhler und von Barga mussten daraufhin ihre Pläne grundlegend ändern. Die meisten Häuser blieben stehen und statt Eigentumswohnungen wurden Neubauten mit Mietwohnungen errichtet.

Auch das bedeutete natürlich bereits eine große Belastung für das Quartier. Viele Monate Großbaustelle inklusive Lärm und Dreck. Viele Bewohnerinnen mussten innerhalb des Quartiers umziehen. Unter anderem in die Erichstraße 29 und 35: Diese beiden Häuser galten jetzt als »sicher«, denn sie waren nach entschiedenem Widerstand aus den Planungen herausgenommen worden und sollten »in Ruhe gelassen« werden. Außerdem: Auch als Folge dieser Auseinandersetzungen wurde St. Pauli Gebiet der »Sozialen Erhaltungsverordnung« und

der damit verknüpften »Hamburgischen Umwandlungsverordnung«. Die Betroffenen fühlten sich jetzt geschützt, auch als die Häuser 2012 ein weiteres Mal verkauft wurden: Umwandlung? Ausgerechnet hier?

Ja – gerade hier, denn offenbar hatten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Zuständigen im Bezirksamt diese Verordnungen nicht aufmerksam genug studiert. Denn dort steht unter anderem: Wenn der Eigentümer sich dazu verpflichtet, die Wohnungen in den ersten sieben Jahren nach der Umwandlung nur an die Mieterinnen zu verkaufen, kann er sofort umwandeln. Anschließend kann auch an andere verkauft werden und es gilt dann nur noch ein dreijähriger Kündigungsschutz. Im Gegensatz zu Wohnungen, die nicht im Gebiet dieser Verordnungen liegen und für die ein zehnjähriger Kündigungsschutz ab Verkauf gilt, ist diese Regelung also sogar schlechter für die Mieterinnen.

Dies sahen auch die Zuständigen im Bezirksamt so. Tenor der Informationsveranstaltung, zu der die Mieterinnen am 2. Juni eingeladen waren: Das ist leider schlecht für Sie, aber wir stehen an Ihrer Seite. Immerhin, diese Art von Unterstützung war etwas Ungewohntes und Neues für die kampferprobten Bewohnerinnen der beiden Häuser. Darauf allein verlassen wollten sie sich aber nicht. Es war sofort klar, selbst aktiv werden ist dringend geboten!

Dies war die Geburtsstunde der Nachbarschaftsinitiative »KämpfErich«, die dann buchstäblich über Nacht entstand. Ein Logo und eine Website wurden entworfen, journalistische und politische Kontakte aktiviert, ein Infoblatt mit einer Einladung für die Nachbarschaft geschrieben, gedruckt und verteilt. Am 10. Juni wurde in den Häusern eine Stadtteilversammlung abgehalten. Fast alle Bewohnerinnen und auch viele Nachbarinnen kamen und dank der intensiven Öffentlichkeitsarbeit waren auch die Presse und einige Vertreterinnen der Politik im Bezirk dabei. Der Zeitpunkt der Versammlung war mit Bedacht gewählt, denn am Tag darauf war der Bauausschuss des Bezirks Hamburg-Mitte mit der Angelegenheit befasst und nicht nur »KämpfErich« war vor Ort, sondern auch das NDR-Fernsehen, das gleich am Abend berichtete. Damit war das Thema in der Öffentlichkeit und die regierende SPD in Erklärungsnot,

denn bisher galten Erhaltungsverordnung und Umwandlungsverordnung als sicherer Schutz für Mieterinnen. Jetzt war klar geworden: Das Gegenteil ist der Fall. Die Brisanz des Themas für von Umwandlung und Verdrängung bedrohte Stadtviertel liegt auf der Hand. Wenn ein Hauseigentümer umwandeln kann, können das auch alle anderen tun. Mit einschneidenden Konsequenzen für Mieterinnen – überall.

Bereits am 2. Juli waren deshalb die Erichstraße und die offensichtlich nicht ausreichende Erhaltungsverordnung Thema einer Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft – auf Antrag der regierenden SPD. Eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Vorgängen um den Verkauf der Häuser brachte danach noch weitere Ungereimtheiten ans Licht: Der Bezirk hätte den Verkauf eigentlich genehmigen müssen und dabei die Möglichkeit gehabt, mit dem neuen Eigentümer zusätzliche Vereinbarungen abzuschließen. Der Bezirk wusste aber gar nichts von dem Verkauf. Der Grund: ein »Bürofehler« beim LIG (Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen), dem ehemaligen Liegenschaftsamt – schlecht für die Bewohnerinnen.

Der Bezirk sah sich ihnen gegenüber wohl nun noch mehr in der Pflicht und verhandelte mit dem Hauseigentümer. Das Ergebnis: Der Termin für die geplante Umwandlung wurde auf den 31. Oktober verschoben und den Mieterinnen ein erweiterter Schutz vor Kündigung wegen Eigenbedarf angeboten. Das ist erfreulich, aber für »KämpfErich« nicht ausreichend. Die Initiative fordert weiterhin, die Umwandlung nicht zu genehmigen und setzt dabei auf den Druck von Öffentlichkeit und Politik. Ihr Anliegen, das ein Anliegen aller Mieterinnen ist, soll weiter sichtbar und hörbar sein.

Weitere Vernetzung hat ebenfalls erfolgreich stattgefunden, z.B. durch Teilnahme an einem Workshop im Rahmen der »Squatting Days« am 29. August gemeinsam mit der »Initiative Esso-Häuser«, durch Beteiligung an der Demonstration unter dem Motto »Selber handeln – gegen eine profitorientierte Stadtentwicklung« am Tag darauf und nicht zuletzt durch einen Beitrag anlässlich der Stadtteilkonferenz »St. Pauli selber machen« am 20. September.



Blitz in die Erichstraße (wikimedia)

Seilbahn bleibt am Boden

Von Marina Zimmermann und Birgit Kiupel



Es hätte so schön werden können – Elbe mit Vision von 1896 (Ausschnitt)

Der Bürgerentscheid über eine Hamburger Seilbahn ist entschieden. Am 24. August hat sich eine vergleichsweise große Anzahl von Menschen im Bezirk Hamburg-Mitte gegen die Pläne einer Musical-Seilbahn ausgesprochen. 50.410 Stimmberechtigte (= 24,8%) haben votiert. Von den 50.081 gültigen Stimmen sprachen sich 18.312 (36,6%) für eine Seilbahn, aber mit 31.769 (63,4%) fast zwei Drittel dagegen aus.

Wir danken den SeilbahngegnerInnen Marina Zimmermann und Birgit Kiupel von der Neustädter Hafentor-Stintfang-Initiative für ihre etwas andere Nachbetrachtung des – vorerst – gescheiterten Eventprojekts...

Eine große Gondel, leicht verdreckt und schmutzig. Die bodentiefen Fenster sind schmierig und von Farbbeutelklecksen verdreckt. Zwei ältere Damen (B. und M.) und ein junger Mann (J.) halten sich an MEGA-Coffee-Cups fest, als die Gondel plötzlich nach einem heftigen Ruck stehen bleibt. Eine knarrende Durchsage bittet darum, Ruhe zu bewahren, da man das Problem innerhalb der nächsten anderthalb Stunden beheben werde. Die MEGA-Bildschirme mit den Musical-Live-Übertragungen bleiben schwarz. Die Drei beginnen ein Gespräch.

B: Na, zum Glück haben wir nicht wieder Windstärke 10.

M: Ja.

B: Da hat man sich mal so 'ne Fahrt von der Rente abgeknapst und dann so was.

M: Ja. Ich hab die alten Freikarten leider schon bei ebay versteigert, weißte, die damals von der Stage Entertainment verteilt wurden. In der Seniorenwohnanlage am Zirkusweg, auf dem Markt...

B: Ja, jetzt haben die richtigen Sammlerwert. Wird gern von Touristen aus Bayern ersteigert...

J: Ach, sind Sie von hier?

M: Und wie wir von hier sind! Wir haben so'n richtigen Heimatschein! Wir waren ja damals auch noch hier, als das Ding gebaut wurde.

J: Echt? Das war bestimmt Giga-krass!

B: Hä? Mann, weißt Du noch, vor 20 Jahren, unser ganzes Viertel, ein Stadtteil, was sag ich, der ganze Bezirk Mitte stand Kopf ... sonst waren wir ja nicht gerade bekannt für erfolgreiche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

M: Manche hielten das Projekt zunächst für einen Scherz: Mit der Musical-Seilbahn über die Elbe – was'n Quatsch. Zu den zwei Musical-Hallen. Ich kann mich gerade an die Namen nicht mehr erinnern ... irgendwas mit großen Tieren und Fußball.

J: Nichts mit Hamburg oder Hafentorromantik? Keine Elbe-Bank-Stories? Krass.

M: Also diese beiden Hallen standen auf Steinwerder, da wo heute die MEGA-Musical-Kreuzfahrtschiffe anlegen ... mit Musical rund um die Uhr. Ja, früher hatten wir ja bloß die kleinen Kutter mit nur so 3.000 Passagieren, Queen Mariechen, aber jetzt kann man bei MEGA richtige Wohnungen an Bord mieten, dauerhaft im Musical leben – auf'm Schiff!

J: Und wie war das jetzt mit der Seilbahn?

B: Richtig los ging das damals in der Stadtteilkonferenz Mitte, wo sich schon länger querbeet Anwohner trafen – die gab's damals noch! Bezirksabgeordnete, altgediente SPDler, junge Familien, urban gardener, Ladenbesitzer, Mitarbeiter vom Michel – manchmal quälend lange Sitzungen.

M: Da sachst Du was – aber wichtig! Danach sind wir meistens noch in die Kneipe im Viertel gegangen und haben weiterdiskutiert oder einfach so was getrunken.

J: Was für eine »Kneipe«?

M: Na, »Heidi's MuseumsKneipe«, wo man sich jetzt angucken kann, wie sich die Menschen früher hier amüsiert haben. Kannst Du Dich noch an den Supermarkt erinnern? Und an die Apotheke? Da ist jetzt die Cocktailbar drin, im »Hanse-casino«, als Anwohner durfte man da aber nicht rein. Jetzt heißt alles »Portugese Heritage Village« – tja, da haben wir alle mal gewohnt.

J: Giga, da konnte man wohnen?

B: Ja, aber nicht lange. Es wurde immer lauter wegen der Events.

M: Harley Days, Schlagermove, Hafengeburtstag, Portugiesenfest, das nahm kein Ende!

B: Nicht zu vergessen der Bau am Stintfang/Hafentor. Was haben wir da noch gekämpft!

J: Wo ist denn das Hafentor?

M: Na, da wo heute das »Porto Event Center« steht.

B: Dabei gab es damals noch denkmalgeschützte Wallanlagen, oben drüber thronte auf der Bastion Alberti die alte Jugendherberge. Aber direkt über der S-Bahn Landungsbrücken haben sie dann angefangen zu bauen, zunächst »nur« sechs Stockwerke – mittlerweile sind es 20. Und zunächst 50 »Wohneinheiten«. Das Wort musst Du Dir auf der Zunge zergehen lassen, keine Wohnungen, sondern Wohneinheiten für behinderte Studenten und alte Menschen, doch die sind schon lange weg. Alles damals mit den Stimmen der SPD, CDU und Grünen durchgesetzt.

M: Da sind zuerst auch alte Leute hingezogen, aber wohn' mal an der U-Bahn-Trasse, im Schatten, die sind ja fast bekloppt geworden und wurden nach einigen Jahren umquartiert. Dann wurde daraus ein »bastion hostel«, aber so'n richtig schickes – das war damals schon unbezahlbar.

J: Und die Leute aus dem Viertel?

M: Na, wir mussten alle weg, weil's zu teuer wurde.

B: Schau Dir Olivia Jones an, wie die heute mit Pink-Rollator an den Fassaden ihrer alter Kneipen vorbeischlurft und von damals erzählt – die schrieb in einem offenen Brief von den Pylonen der Seilbahn als »Blitzableiter«, für »Frust, Angst und Wut« von uns miesepetrigem Anwohnern.

M: Die war ja für die Seilbahn, aber nachher auch nicht mehr. Ihre Kneipen gehören ja jetzt auch zu diesem MEGA-Kreuzfahrt-Dings.

B: Damals machten wir noch unverdrossen Rabatz im Viertel, trafen uns regelmäßig, informierten auf Wochenmärkten, hier am Großneumarkt, in Hamm und Wilhelmsburg – unbezahlt – anders als die Pro-Seilbahn Aktivisten, die dort Unterschriften fürs Bürgerbegehren gekobert hatten, à la »Wir sammeln fürs Bezirksamt-Mitte«.

M: Ja, das war ein Ding, die haben ja die Anwohner richtig belogen, aber viele sind nicht drauf reingefallen, wir waren ja auch nicht doof. Was haben wir da für Texte gehört: »Erst habt ihr uns die IBA-Blumen gebracht – und jetzt sollen wir auch noch für die Seilbahn stimmen.« Und überall »Ja-zur-

Seilbahn«-Plakate mit Familien mit Migrationshintergrund – so hieß das damals: »Wir fahren zum Dom« und so'n Quatsch. Alles Lüge.

B: Die Wilhelmsburger waren ja richtig traurig, dass die Karten für die Seilbahn so teuer waren, denen hatte man ja versprochen, dass sie über den HVV eine Ermäßigung bekommen – kannst Du Dich noch an den HVV erinnern? Früher konnte man ja für 1,50 Euro bis zum Schlump fahren, für 1,50 Euro!

J: Krass günstig!

B: Was steckte da für Geld und Unterstützung hinter, Doppelmayr, Hamburg Touristik, Rickmer Rickmers, Handelskammer. Dabei hörten wir Schlimmes über die Arbeitsbedingungen bei Stage, die ihre Angestellten schlecht bezahlten. Irgendwoher müssen die Werbemillionen ja kommen.

M: Genau, die hatten doch vorher auch Mitarbeiter hinter der Bühne rausgeschmissen und sie über 'ne Zeitarbeitsfirma für das halbe Gehalt wieder angeheuert. Damals fing das an, dass sich viele nicht mehr leisten konnten, auf St. Pauli und in der Neustadt zu wohnen, die zogen alle weg und bekamen so weit draußen keine Arbeit mehr.

B: Und dann die 10 Millionen, die man vom Kartenverkauf für soziale Projekte spenden wollte – von wegen Spende, wir waren so stolz, dass wir uns nicht haben kaufen lassen. Auch der Bezirk gesagt, dass das Bestechung sei, da habense endlich mal was richtig gemacht.

J: Aber ihr habt doch auch was getan.

M: Wir haben zusammengelegt und Flugblätter drucken lassen. Die haben wir dann auf dem Markt verteilt.

B: Und die Podiumsdiskussion im JUKZ oben auf dem Stintfang war auch selbstorganisiert, ein klares »Nein-zur-Seilbahn«-Statement, von Anwohnern und Sabrina Hirche organisiert, sogar mit Ex-Umwelt-Senator Jörg Kuhbier, Bezirksamtsleiter Andy Grote, dem Gartenhistoriker Joachim Schnitter und der Anwohnerin Birgit Kiupel. Und am Schluss ging es darum, dass im Hinblick auf den Eventtourismus das »Fass längst am Überlaufen ist«. Grote betonte zwar, dass die »Welt-Astra-Krach-Tage« nicht mehr genehmigt worden seien. Aber die Eventisierung ging ungebremst weiter.

M: Na, aber dafür gab's dann das erste Mal den Hardrock-Café-Geburtstag. Jetzt haben die ja erhöht auf eine Woche, das war letztes Mal das größte Konzert in Norddeutschland.

J: Das ist gigacool, endlich mal was los hier am Hafen.

B: Wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht über das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid. Es gab Vorschläge zu einer Reform, mit Quorum und gleichen Waffen für alle, also gleiche PR-Budgets.

M: Ja toll – und dann kam alles anders mit Olympia.

B: 2014 hatten wir noch per Volksentscheid die Seilbahn abgelehnt, aber ein paar Jahre später hat der Senat das Ding dann doch durchgekloppt – wegen Olympia, und wir sollten uns mal freuen, dass wir endlich über die Elbe kommen.

M: Pustekuchen – die Pendler aus Wilhelmsburg stehen immer noch Schlange, weil der Bus zu den MEGA-Musicalschiffen nur einmal die Stunde fährt. Die Behörden sagen: »Die können doch auch andersrum fahren – ging ja früher auch!«

J: Ah, mit der S-Bahn, hat meine Oma auch immer gemacht. Die war immer essen im alten Portoviertel. Die hat auch immer gesagt: »Da wohnen Leute!«

B: Aber damit war bald Schluss. Hamburg-Mitte hat dann mit den Geldern der Tourismus- und Kreuzfahrtschiff-Konzerne den Einwohnern von Neustadt und St. Pauli die Insel Neuwerk – UNESCO Welterbe! – als neuen Lebensraum zugewiesen. Und die Wohnbauten hier wurden in Erlebnis- und Event-Touristenwohnanlagen mit Portugiesenviertel-Charme und Kiezflair umgestaltet – exquisite Potemkinsche Dörfer.

J: Wat?

B: Na, wo nur tolle Fassaden sind und nichts dahinter. Dort arbeiten noch einige von uns – als Stadtführer und erzählen in ihrer Mundart, wie es früher hier zugeht.

M: Und von Cuxhaven aus hat uns Doppelmayr eine Seilbahn nach Neuwerk geschenkt.

B: Na, ist doch auch ein schöner Urlaub, mal wieder in die Heimat zu gondeln, aber zwei Tage hier sind teurer als 'ne Woche Mallorca.

J: Oh, ein Hubschrauber. Vielleicht holt der uns hier raus.

M: Nee, das ist nur wieder so'n Rundflug.

J: Gigakrass – es geht weiter!

B: Muss ja.

M: Ja.

Zeise-Parkplatz: Kein Verkauf an WPP!

Von Heike Sudmann



Begehrte Lage, 22.9.2014 (Foto: C. Hannen)

Im letzten »BürgerInnenbrief« berichteten wir über Stadtentwicklung à la SPD in Ottensen am Beispiel des Zeise-Parkplatzes. Wenige Tage später wurde bekannt, dass der Verkauf des städtischen Grundstücks am 11. September auf der Tagesordnung der Kommission für Bodenordnung steht. Statt der bisher geplanten und versprochenen Wohnungen soll nunmehr das gesamte Grundstück ausschließlich für ein Bürogebäude des Werbebiganten WPP (zu denen auch die Werbeagentur Scholz & Friends gehört) genutzt werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb am 10. September in aller Eile einen Bürgerschaftsantrag eingebracht, um den Verkauf zu verhindern. Sie fordert den Senat darin auf, das Grundstück nicht für eine Büronutzung zu veräußern und die Bürgerschaft an dem weiteren Verfahren zu beteiligen (Drs. 20/12983). Anscheinend haben der öffentliche Protest und auch der Antrag dazu geführt, dass die Entscheidung über den Verkauf zunächst vertagt wurde.

Wohnungs- und sozialpolitisch wäre diese reine, hochpreisige Büronutzung ein Desaster. Der seit Jahren in Ottensen voranschreitende Verdrängungsprozess würde durch die Ansiedlung von WPP verschärft werden. Gleichzeitig würde der Senat die InvestorInnen für ihr Falschspiel belohnen. Denn nur aufgrund der Aussage, dass hier geförderter Wohnungsbau entstehen solle, erhielten die InvestorInnen von der Stadt die Zusage, dass sie ein Jahr lang die Planung vorantreiben können und die Stadt in dieser Zeit mit niemandem anders über das Grundstück verhandelt. Wenn der Senat dem Verkauf trotzdem zustimmt, sendet er ein fatales Signal an InvestorInnen: Mit falschen Versprechungen ist es einfach, attraktive städtische Grundstücke zu bekommen.

Der Antrag der LINKEN zum Stopp des Verkaufs an WPP wird am 25. September in der Bürgerschaft diskutiert. Die SPD hat einen Änderungsantrag angekündigt. Wir dürfen gespannt sein.

Proteste in Altona zeigen Erfolg



Jetzt erfolgreich: Demo am 17.4.2014 (M. Joho)

Kurzmeldung zum Busbeschleunigungsprogramm: Der beharrliche Protest der Initiative Gerichtstraße in Altona hat zum verdienten Erfolg geführt. Die völlig unsinnige

Verlegung der Bushaltestelle Gerichtstraße wird rückgängig gemacht, wie vor wenigen Tagen bekannt wurde. Wir gratulieren den Engagierten vor Ort und freuen uns mit ihnen!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die Linke stark machen, so prangt es auf der Titelseite der neuen **Backbord**-Ausgabe, der **Zeitung der Linksfraktion** der Hamburgischen Bürgerschaft. Auf zwölf Seiten wird Flagge gezeigt: Die Kürzungen und Fehlinvestitionen des Senats werden benannt, die Fraktionäre machen deutlich, was sie im parlamentarischen Alltag so treiben, die wichtigsten Forderungen und Arbeitsfelder der Fraktion werden aufgeführt. Und zu finden ist das Ganze hier: www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/PDF/Backbord_Herbst_2014.pdf.

Eine Million Euro kann sich unsereins ja schon kaum vorstellen, auch wenn der eine oder die andere auf eine solche Summe bei »sechs Richtigen« hofft. Aber eine Milliarde Euro? Laut einem Artikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« gab es im Juni 2014 angeblich 2.325 Milliardäre weltweit, 7% mehr als ein Jahr zuvor. In Deutschland sind es danach 123 und **in Hamburg sage und schreibe 18 Supersupersuper-Reiche**, die über zusammen 51 Milliarden verfügen. Damit ist unsere famose Stadt unter den Top Ten der europäischen Milliardärsstädte. Nachzulesen unter www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/sparen-und-geld-anlegen/nachrichten/es-gibt-mehr-milliardaere-als-je-mals-zuvor-13158818.html.



Eine **neue Studie** der nicht unumstrittenen **Bertelsmann-Stiftung zur Partizipation** ist erschienen. Eine kurze Einschätzung findet sich im Online-Magazin hh-mittendrin unter <http://hh-mittendrin.de/2014/09/studie-buergerbeteiligung-ist-gut-fuer-die-demokratie/>, darunter diese Sätze: »Die Erwartungen der Bürger an demokratische Mitbestimmung haben sich verändert. Wählen alleine reicht ihnen nicht mehr. Unsere Demokratie muss vielfältiger werden«, sagt Robert Vehrkamp, Direktor des Programms »Zukunft der Demokratie« der Bertelsmann Stiftung. Zwei Drittel aller befragten Bürger würden gerne mehr Entscheidungen selbst treffen.«

Wer sich für das Thema **BürgerInnenbeteiligung, Partizipation und Selbstermächtigung in Hamburg** interessiert, dem/der sei auch der Mitschnitt einer einstündigen Sendung auf **TIDE-TV** am 2. September empfohlen. In der Diskussion bezogen Kerstin Gröhn (die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte), Michael Osterburg (Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in der BV Mitte), Nils Boeing (SOS St. Pauli selber machen) und Michael Joho (Einwohnerverein St. Georg) Stellung: <http://youtu.be/8vmmZ XK6mdU>. Und was da gerade in St. Pauli zum selbstorganisierten Planen passiert (die **Fábrica des Fab-Lab**), das lässt sich einem anderen TIDE-TV-Beitrag entnehmen: <http://youtu.be/lmJkgJPhLSc>.



Und auch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) glänzt mit einer im September neu erschienenen Broschüre, der mittlerweile **10. Ausgabe** des Newsletters **Hamburg. Deine Perlen. Integrierte Stadtentwicklung**. Das ist natürlich besonders geschmackvoll, weil die SPD für die anstehende Haushaltsdebatte den Antrag einbringt, die Mittel für die Integrierte Stadtentwicklung in benachteiligten Quartieren spätestens ab 2016 nochmals herunterzufahren, nämlich von 20 auf 15 Mio. Euro, nachdem der Etatansatz schon von 2012 auf 2013 von 25 auf 20 Mio. reduziert worden war. Im Mittelpunkt des zwölfseitigen BSU-Heftes steht jedenfalls das Thema **Bildung im Stadtteil** mit Beispielen aus den verschiedenen Bezirken.

Ein weiteres interessantes Material soll hier Erwähnung finden, ein »Spezial« im Rahmen der Reihe **»Statistik informiert«**, herausgegeben vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Die neueste Nummer IX/2014 vom 22. September widmet sich auf sieben Seiten der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen** Ende 2013. Eine wichtige Erkenntnis: Rund 31% der HamburgerInnen haben einen Migrationshintergrund. Eine andere Erkenntnis, mit den entsprechenden Daten untermauert: Die Verteilung dieser Personengruppe auf die verschiedenen Stadtteile und Bezirke ist sehr unterschiedlich. In Hamburg-Mitte liegt der Anteil bei 46%, in Harburg bei 40%, in Nord, Eimsbüttel und Wandsbek unter 25%, Altona und Bergedorf liegen in etwa auf der Höhe des Hamburger Levels. Und hier finden sich die Daten: www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/SI_SPEZIAL_IX_2014_komplett.pdf.

Nochmals aufmerksam gemacht sei auf die Veranstaltung **Das Ende der Wohnungslosigkeit – Ein Plan für Hamburg** am **Dienstag, den 23. September**, um 19 Uhr im »Herz As« (Norderstraße 50). Am Anfang der Veranstaltung des Hamburger Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot steht ein Plan, wie die Obdach- und Wohnungslosigkeit in den kommenden fünf Jahren in Hamburg reduziert werden könnte. Auf dem Podium Stellung nehmen werden dazu Ksenija Bekeris (SPD), Dr. Friederike Föcking (CDU), Katharina Fegebank (GRÜNE), wohl auch jemand von der FDP und Cansu Özdemir (DIE LINKE). Löchern werden die Abgeordneten Dr. Volker Busch-Geertsema (GISS e.V., Experte aus der Wohnungslosenhilfe Bremen) sowie Birgit Müller (Chefredakteurin des Straßenmagazins »Hinz & Kunzt«).



Am **Mittwoch, den 24. September**, lädt der Bezirksverband Hamburg-Mitte der LINKEN ein zu dieser Diskussionsveranstaltung: **Für Frieden in der Ukraine! Gegen Kriegspropaganda und Eskalation**. Sie beginnt um 19 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3), Referent ist Andrej Hunko, Mitglied der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Der Ukraine-Kenner »steht zusammen mit anderen Bundestagsabgeordneten der LINKEN gegen die schwarz-rot-grüne Unterstützung der aktuellen ukrainischen Regierung mit faschistischer Beteiligung und setzt sich mutig gegen den Militäreinsatz im Osten der Ukraine ein« (aus dem Ankündigungstext).

Mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops steigen am **26./27. September** die **11. Hamburger Wohnprojekte-Tage** in der Ex-HWP (Von-Melle-Park 9). Die Podiumsdiskussion am **Freitag, 26. September**, 18.30 Uhr, dreht sich um die Frage **Hamburg baut – für wen?«**. Für DIE LINKE nimmt Heike Sudmann als eine der wohnungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen teil. Mehr Infos beim Veranstalter: www.stattbau-hamburg.de.

Eine Exkursion zum Thema **Gentrifizierung – was ist das?**, veranschaulicht bei einem Rundgang durch St. Georg, führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Dienstag, den 30. September**, durch. Mit 600 bis 700 in Eigentumswohnungen umgewandelten ehemaligen Mietwohnungen und einer seit Jahren anhaltenden Mieterhöhungswelle, etlichen Hotelneubauten und zunehmender Eventisierung des Raumes kann hier bis ins Detail gezeigt werden, wie »Aufwertung« und Verdrängung laufen. Gestartet wird um 18 Uhr vor dem Schauspielhaus, der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 3 Euro, die Anmeldung erfolgt unter Tel. 29 88 24 35 oder per Email an info@rls-hamburg.de.



Foto: M. Meuche-Mäker



Und am **Mittwoch, den 1. Oktober**, gibt es gleich noch eine Veranstaltung mit Aufklärungswert. Der Journalist und Schriftsteller **Mathias Greffrath** hält einen Vortrag zum Thema **Aufstand der Satten. Vegan leben oder politisch intervenieren?** Den Veranstaltern – mehreren Gruppen und Einrichtungen aus Hamm – geht es um die Frage, wie eine Umkehr der Agrar-, Ernährungs- und Wirtschaftspolitik erreicht werden kann. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in der Stadtteilschule Hamburg-Mitte (Griesstraße 101). Der Eintritt beträgt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro. Eine Anmeldung wird empfohlen, entweder bei der Buchhandlung Seitenweise (Tel. 20 12 03) oder im Bioladen Hammer Park (Tel. 21 51 00).

Die hamburgische (N)Olympia-Bewegung hat sich inzwischen konstituiert und lädt für **Donnerstag, den 6. Oktober**, um 19.30 Uhr in die »Werkstatt 3« (Nernstweg 32) zum Gespräch ein. Die Veranstaltung richtet sich an alle Olympia-SkeptikerInnen und jene, die nicht ausschließen, solche zu werden. Es geht um die Frage **Muss Olympia in Hamburg denn wirklich sein?** Eine Frage, die unter allen möglichen Gesichtspunkten, vorrangig der Finanz-, Stadtentwicklungs- und Sportpolitik, in einem großen öffentlichen Diskurs behandelt werden muss.

Nur noch bis zum **11. Oktober** zeigt das Altonaer Museum (Museumstraße 23) die große **Ausstellung 350 Jahre Altona**. Von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Neuen Mitte (1664–2014). Die sehr sehenswerte Präsentation bietet auch einen Einblick in die stadtentwicklungspolitischen Diskurse der letzten Jahrzehnte. Eine der interessanten Begleitausstellungen zeigt Fotos von Johanna Klier, die die Veränderungen der Großen Bergstraße im Gefolge des IKEA-Neubaus dokumentiert.



Foto: Johanna Klier

Das Hamburger Netzwerk **»STOPPT TTIP, CETA und TiSA«** ruft für **Samstag, den 11. Oktober**, zur Demonstration gegen die in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen auf. Neben dem DGB Hamburg sind u.a. die Verbraucherzentrale Hamburg, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), attac, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA), der Sozialverband Hamburg (SOVD) Teil des Netzwerks, das in den nächsten Wochen noch weiter wachsen soll. Start der Demo ist um 13 Uhr am Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60), die Schlusskundgebung findet am Gänsemarkt statt. Infos unter: <http://hamburg.dgb.de>.

Wir fahren nach Berlin!



Bei Kotti während der Berlinfahrt 2013 (Foto: Michael Joho)

Unter dem Motto »BürgerInnenbeteiligung in Berlin – wie geht das?« haben wir – auf Einladung des Hamburger Bundestagsabgeordneten Jan van Aken (Fraktion DIE LINKE) – wieder einmal die Chance, nach Berlin zu fahren und dort ein interessantes Programm zu gestalten.

Die Fahrt findet am 27./28. November statt. Mit der Bahn geht es am Donnerstag um 8.06 Uhr in der Frühe in die Hauptstadt, zurück sind wir am Freitag um 19.58 Uhr auf dem Hamburger Hauptbahnhof. Für diese beiden Werkstage kann Bildungsurlaub beantragt werden. Die Teilnahme ist kostenfrei (Fahrt-, Unterbringungs-, Essens-, Programmkosten), allein für Führungen wird ein Beitrag von maximal zehn Euro fällig.

Waren wir im letzten Jahr zum Thema Wohnungspolitik unterwegs – kleiner Höhepunkt dabei: der Besuch der Initiative KOTTI –, liegt der Schwerpunkt diesmal bei BürgerInnenbeteiligung und Partizipation. Am Donnerstagvormittag geht es zunächst in das Reichstagsgebäude, Besichtigung und Gespräch mit Jan van Aken inklusive. Nachmittags wollen wir das Tempelhofer Feld aufsuchen, um mit SprecherInnen des

erfolgreichen Volksentscheids gegen die Bebauung dieses Areals sowie der Berliner (N)Olympia-Bewegung zusammenzukommen.

Am Freitagvormittag gibt es voraussichtlich eine Führung durch die Ausstellung zum Ersten Weltkrieg im Deutschen Historischen Museum. Danach treffen wir mit Sven Diedrich zusammen, der uns als Abgeordneter der LINKEN in der Bezirksabgeordnetenversammlung Berlin-Mitte erläutert, warum und wie die Berliner Bezirke anders funktionieren und mit mehr Rechten und Mitteln ausgestattet sind als in Hamburg. Anschließend haben wir ein Gespräch mit Christina Emmrich, die als ehemalige Bürgermeisterin des Bezirks Lichtenberg vor gut zehn Jahren den Bürgerhaushalt einführte. Er hat bis heute Bestand, wenn auch von der SPD nur schwer gelitten. Und wenn alles klappt, gibt es als Draufgabe noch ein Gespräch mit VertreterInnen von Beteiligungsgremien auf Quartiersebene.

Die zweitägige Fahrt wird begleitet von Heike Sudmann. Anmeldungen sind bitte möglichst bald zu richten an: michael.joho@linksfraktion-hamburg.de.

Auf zum 2. Beteiligungsforum!



SAVE the DATE

2. BETEILIGUNGSFORUM

am Freitag, den 14.11.2014, 15.00 bis 19.00 Uhr

**in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW),
Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit,
Alexanderstr. 1, Hamburg St. Georg**

Stadt(teil)demokratie ohne uns? Geht gar nicht!

Wie geht's weiter mit Bürgerbeteiligung und Partizipation in Hamburg?

Am 9. Mai 2014 veranstalteten wir mit rund 150 TeilnehmerInnen im Bürgerhaus Wilhelmsburg das 1. Beteiligungsforum. Vorrangig ging es um eine Bestandsaufnahme in den Bereichen Quartiers-/Stadtteilbeiräte, Selbstermächtigung/Aktionsformen, Verkehrs-Infrastrukturprojekte sowie Bürger-/Volksentscheide. Dabei gab es eindrucksvolle Schilderungen, wie Initiativen und Beiräte ausgebootet werden, aber auch von erfolgreichem Engagement. Der Wunsch nach kontinuierlichem Austausch kam auf.

Mit dem 2. Beteiligungsforum am 14. November 2014 in St. Georg wollen wir die Debatte fortsetzen und – auch im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 – bekräftigen: **Nur mit den Menschen vor Ort, den Initiativen und Beiräten, den Engagierten in den Quartieren gibt es in Hamburg eine Demokratisierung der Metropolengesellschaft!**

Das 2. Beteiligungsforum legt den Schwerpunkt auf Arbeitsgruppen und will den Rahmen bieten, um Erfahrungen auszutauschen, konkrete Probleme zu diskutieren und gemeinsame Forderungen und Strategien und evtl. auch Aktionsideen zu entwickeln.

Wir rufen alle Interessierten auf – die Akteure und Akteurinnen in den Stadtteilen und Quartieren, aus dem Netzwerk Recht auf Stadt, dem Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte und all den anderen Zusammenhängen, Vereinen und Initiativen – **sich einzubringen und thematische Vorschläge für Arbeitsgruppen zu machen oder diese selbst vorzubereiten.**

Wir bitten um Anmeldungen und das Einreichen von AG-Themen, weiteren Anregungen oder Vorschlägen an: beteiligungsforum@gmx.de
Infos zum 1. Beteiligungsforum unter: www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com

Herzliche Grüße aus der Vorbereitungsgruppe 2. Beteiligungsforum, 21.09.2014
c/o Rolf Peters: Tel 040.38 77 81 / Mobil 0151 50 75 79 19

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. + Mehr Demokratie e.V. + Nordnetz – Bürgerinitiativen im Hamburger Norden (angefragt) + Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. + Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit
Weitere UnterstützerInnen sind selbstverständlich wieder hochwillkommen!

www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com

Ein halbes Jahr, nachdem eine Gruppe von Initiativen ein 1. Beteiligungsforum im Bürgerhaus Wilhelmsburg durchgeführt hat, findet am 14. November von 15 bis 19 Uhr im HAW-Department Soziale Arbeit (Alexanderstraße 1) das 2. Betei-

ligungsforum statt. Wir präsentieren hier den druckfrisch fertig gewordenen Aufruf und laden alle LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« ein, sich daran zu beteiligen.

Kultur Tipp: Tag der Geschichtswerkstätten



1. Tag der Hamburger Geschichtswerkstätten, Rathausmarkt, 2009 (M. Joho)

Teilweise seit 35 Jahren sind sie unterwegs, die 20 Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, die als lokales Gedächtnis die Veränderungen und Bewegungen in den Quartieren begleiten und dokumentieren. Die meisten dieser Einrichtungen bekommen eine finanzielle Unterstützung, bei einigen reicht es für ein kleines Arbeitskräftepotenzial von maximal ein, zwei Personen, einige bekommen gerade die laufenden Kosten durch die Zuwendung rein, andere gucken seit langem in die Röhre und versuchen rein ehrenamtlich, Stadtteilgeschichte zu betreiben. Gut zehn Jahre ist es her, dass unter dem CDU-Schill-Senat die Geschichtswerkstätten-Förderung gänzlich ausgesetzt werden sollte. Der recht erhebliche Widerstand führte damals dann »nur« zu einer Kürzung des Gesamtetats um 25% - und auf dieser abgesenkten Höhe ist er faktisch seit einem Jahrzehnt eingefroren. Eine jüngst eingeleitete Kampagne zielt darauf ab, in der anstehenden Haushaltsdebatte mehr für diesen wichtigen Zweig der Stadtteilkultur herauszuholen. Doch die SPD bleibt offenbar beinhart bei ihrer Kürzungspolitik. Auch wenn die Geschichtswerkstätten gerne und oft diesen Satz der Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler zitieren: »Die Hamburger Geschichtswerkstätten leisten einen unschätzbar wichtigen Beitrag zum kollektiven Gedächtnis Hamburgs und suchen bundesweit ihresgleichen.« Na denn.

Um solche Aspekte wird es gehen, wenn Hamburgs »BarfußhistorikerInnen«, wie sie ursprünglich wegen ihrer Basis- und Stadtteilorientierung außerhalb der Universitätsweihen bezeichnet wurden - am Sonntag, den 5. Oktober, die Türen ihrer Einrichtungen öffnen. Insgesamt 17 Vereine und Initiativen sind es - von Wilhelmsburg bis Bramfeld, von Ottensten bis Billstedt -, die veranschaulichen wollen, was in ihnen steckt. Da gibt es Rundgänge und Befragungen von ZeitzeugInnen, Stadtteilrallyes und Bunkerbesichtigungen, Lesungen sowie szenische Aufführungen, und natürlich kann in allen Einrichtungen in Literatur, in alten Fotos und sonstigen Sammlungen geblättert und gestöbert werden. Das Gesamtprogramm findet sich unter www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de. Ganz begeistert wären die Gruppen sicherlich, wenn anlässlich dieses Tages der offenen Tür nicht nur viele BesucherInnen kämen, sondern darüber hinaus auch noch alte Materialien aus dem jeweiligen Quartier mitbringen würden: Broschüren, Flugblätter, Fotos, Zeitungsausschnitte, Briefe usw.

P.S.: Geschichte ohne Bücher? Kaum vorstellbar. Daher der Tipp, dass am 4./5. Oktober in der »Roten Flora« (Schulterblatt) die »radical bookfair Hamburg« stattfindet. Wer es eher bürgerlich schätzt, dem/der seien die »6. Antiquarischen Büchertage« am 25./26. Oktober im Altonaer Museum empfohlen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.